

Schweizerisches Komitee
NEIN zur sozialistischen
Krankenversicherungs-Initiative

Geschäftsstelle Zürich, Postfach 502, 8034 Zürich
Tel. 01 / 382 22 94 Fax 01 / 383 82 27

Kurz-Referat

(ca. 8 Minuten)

zur

eidgenössischen Volksabstimmung

vom 4. Dezember 1994

SPS/SGB-Volksinitiative

"für eine gesunde Krankenversicherung"

EINLEITUNG

Wollen Sie noch mehr Staat und noch mehr Kosten?

Wollen Sie noch mehr Lohnprozente abgeben?

Wollen Sie, dass der Aufschwung unnötig gefährdet wird?

Diese Fragen müssen Sie sich genaustens überlegen, wenn sie den Stimmzettel am 4. Dezember ausfüllen, denn bei der Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit dem trügerischen Titel "für eine gesunde Krankenversicherung" geht es um alles andere als um eine gesunde, zukunftsweisende Lösung der anstehenden Probleme im Gesundheitswesen. Der Inhalt der Initiative gleicht nämlich eher einer bitteren Pille für unser krankes Gesundheitswesen. Die Volksinitiative hat vor allem drei gewichtige Inhalte: Die Initiative strebt ein Obligatorium für die Krankenversicherung an, führt eine Verschiebung der Kompetenzen von den Kantonen zum Bund ein und - was die verheerendsten Auswirkungen zeitigen würde - will die Finanzierung aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer über Lohnprozente sicherstellen. Diese Lohnprozente wären zur Hälfte - analog der AHV-Finanzierung - durch die Arbeitgeber zu decken.

Dieser Inhalt der Initiative führt mich wieder zurück zu den drei Fragen, die ich Ihnen gestellt habe. Zur ersten Frage:

Wollen Sie noch mehr Staat und noch mehr Kosten?

Die Initiative würde zu einer eigentlichen Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens führen. Die Krankenkassen, die heute ihre Funktion als Hüter von Wirtschaftlichkeit mehr und mehr wahrnehmen, und die Spitäler und Aerzte dazu zwingen, die Kosten im Griff zu behalten, würden durch die Initiative praktisch bedeutungslos. Die Krankenkassen würden zu bürokratischen Durchlaufstationen degradiert. Anstelle eines gesunden Wettbewerbs unter den Kassen, der uns allen nur Vorteile bringen würde, müssten die Krankenkassen in Teilnahmslosigkeit verharren und zuschauen wie das Gesundheitswesen zusehends verstaatlicht würde. Unser Gesundheitswesen braucht aber keine staatlich zentralisierte Lösung, sondern

mehr Wettbewerb und Transparenz.

Im Gesundheitswesen, und darum dreht sich ja eigentlich auch die ganze Diskussion, stehen wir vor allem vor dem Problem der ständig steigenden Versicherungsprämien. Alle Lösungsvorschläge sind deshalb mit der Frage zu prüfen "Können damit die Kosten eingedämmt werden?", denn alles andere wäre kurzsichtig und falsch. Die SP-Initiative bietet dazu aber nicht die geringsten Mittel.

Kann man mit einem verstaatlichten, zentralisierten Gesundheitswesen Anreize schaffen, Kosten zu sparen? Kann man mit einem marktfeindlichen System Ueberschüssigkeiten abbauen? Kann man mit staatlich ausgeschütteten Gesundheitsleistungen die Anspruchsmentalität der Versicherten verbessern? Die Antwort ist ebenso einfach wie klar. NEIN, NEIN, NEIN. Unser Gesundheitswesen braucht keine Verstaatlichung, sondern marktwirtschaftliche Lösungen, die langfristig in der Lage sind, die Kosten einzudämmen.

Ich frage Sie also: "Wollen Sie wirklich noch mehr Staat und noch mehr Kosten?"

Zur zweiten Fragen:

Wollen Sie noch mehr Lohnprozente abgeben?

Der radikale Systemwechsel in der Krankenversicherung weg vom Prämiensystem würde zu Auswirkungen führen, die in der langfristigen Perspektive betrachtet nur negativ sind. Die Finanzierung könnte wahrscheinlich für einen Teil der Versicherten kurzfristig zu einem günstigeren Kostensatz führen. Aber Achtung, der Preis dafür ist hoch. Nein, er ist zu hoch! Die finanziellen Vorteile müssten durch eine Verstaatlichung der am Vollzug beteiligten Krankenversicherungsträger sowie durch eine substantielle Verteuerung der Bruttolohnkosten der Schweiz teuer erkaufte werden. Es wird uns vorgegaukelt, dass durch eine simple aber verhängnisvolle Umstellung der Finanzierungsart die Probleme wirklich gelöst würden. Es ist aber eine Illusion zu glauben, dass kurzfristig günstigere Kostensätze den Kostenanstieg, der uns alle beschäftigt wirklich stoppen könnten. Auf irgendeine Art müssen wir

Versicherte die anfallenden Kosten bezahlen, sei es über mehr Steuern oder über noch mehr Lohnprozente. Gerade das Gesundheitswesen, von dessen Qualität und Funktionieren jeder und jede von uns im Leben persönlich betroffen sein wird, verdient nicht nur oberflächliche Symptom- sondern zukunftsgerichtete Ursachenbekämpfung. Ich möchte als kranker Mensch nicht beim Staat anstehen müssen, um die staatliche Gesundheitsvorsorge konsumieren zu müssen oder mir in einem Bürokratiewettlauf meine medizinische Behandlung erkämpfen müssen. Ich vertraue meine Gesundheit lieber der Effizienz der Märkte als der Bürokratie des Staates an. Eine sozialistische Verstaatlichung wäre diesen Zielen aber nur abträglich.

Ich frage Sie deshalb "Wollen Sie also wirklich mehr Lohnprozente abgeben?"

Zur dritten Fragen:

Wollen Sie, dass der Aufschwung unnötig gefährdet wird?

Die Lohnprozentfinanzierung hätte für die Arbeitgeber nachweislich negative Auswirkungen. Ein weiterer Anstieg der Bruttolohnkosten würde die Produktionskosten erhöhen, was für unsere exportabhängige Wirtschaft, die sich in hart umkämpften internationalen Märkten behaupten muss, von grosser Tragweite ist. Stellenabbau oder Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland könnten die negativen Folgen eines solchen wirtschaftsfeindlichen Finanzierungssystems sein.

Es ist wichtig einzusehen, dass es auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft liegt, dass die Schweizer Wirtschaft nicht unnötig belastet wird in ihrem Kampf auf den internationalen Märkten. Ohne das Gespenst der Arbeitslosigkeit weiter strapazieren zu wollen, muss ich einbringen, dass die Sicherheit der Arbeitsplätze in der jetzigen Zeit absolut prioritär zu behandeln ist. Sichere Arbeitsplätze dürfen Sie nicht auf Kosten eines weiteren Lohnprozentbeitrages gefährden.

Die Auswirkungen der Verstaatlichungs-Initiative reichen aber noch weiter als in die sensiblen Bereiche der Wirtschaft. Auch unsere Bundesfinanzen, die wie Sie wissen im Argen liegen, wären von der Initiative stark betroffen. Die SP-Initiative

verursacht für den Bund rund 1 Milliarde Franken mehr Ausgaben als die KVG-Variante.

Es darf nun wirklich nicht sein, dass man auf der einen Seite ständig neue Steuerquellen erschliesst und vom Bürger immer mehr Opfer abverlangt und dann schliesslich über eine Milliarde Franken in ein Finanzierungskonzept verlockt, das keinerlei Anreiz bietet, die Kosten zu senken. Steigen die Kosten weiterhin in dem Ausmass wie heute - und mit der Initiative wird leider überhaupt nichts dagegen getan - so werden auch diese Milliarden von Franken nicht ausreichen. Was liegt in einer solchen Situation näher, als einfach die Lohnprozente weiter in die Höhe zu schrauben?

Ich frage Sie auch hier noch einmal: "Wollen Sie unseren wirtschaftlichen Aufschwung wirklich unnötig gefährden?"

SCHLUSS

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen, warum ich am 4. Dezember NEIN sagen werde zur Volksinitiative "für eine gesunde Krankenversicherung".

Ich sage klar NEIN zu einem System, das keinerlei Anreize zur Kostendämpfung bietet.

Ich sage klar NEIN zu einer Initiative, die keinen Wettbewerb aufkommen lässt zwischen den Krankenkassen, denn gerade Wettbewerb und preislicher Wettkampf bietet für uns Versicherungsnehmer nur Vorteile.

Ich sage NEIN zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens, weil ein gesunder Markt zu besseren Leistungen und mehr Effizienz führt, als ein sozialistisches Experiment.

Ich sage nochmals NEIN zur Initiative, weil zusätzliche Lohnprozente für unsere Wirtschaft nicht haltbar sind. Wir dürfen unsere Wirtschaft und damit unsere Arbeitsplätze nicht gefährden.

Ich sage NEIN zur einer Lösung, die die Verantwortung auf den Bund zentralisiert und den Kantonen weniger Spielraum lässt, denn die Kantone wissen besser Bescheid, was regional sinnvoll ist.

Ich sage NEIN zu einem Finanzierungssystem mit Lohnprozenten, das ein tiefes Loch in unsere Bundeskasse reisst, und das wir Steuerzahler am Schluss wieder stopfen müssen.

Ich bitte Sie mir zu folgen, und dem Gesundheitswesen mit einem NEIN zur Volksinitiative "für eine gesunde Krankenversicherung" einen Dienst zu erweisen.